

LEITARTIKEL

Wandel und Veränderung lassen sich nur mit Vertrauen gestalten

Ein kritischer Blick des Landesvorsitzenden Torsten Jäger auf aktuelle Entwicklungen



Foto: Thomas Gründemann

Entscheidend dafür seien eine starke Sozialpartnerschaft sowie entschlossenes Handeln der Politik, betonten alle drei. Eine **Schlüsselrolle** käme den Beschäftigten zu. Nur mit ihnen ließe sich diese große Aufgabe nachhaltig bewältigen, bestand Einigkeit.

In Diskussionsrunden und Workshops wurden viele Aspekte der Transformation beleuchtet. Obwohl es für viele unserer Kolleginnen und Kollegen in der GdP ein eher sperriges Thema ist, habe ich versucht, die Situation für die Landespolizei darzustellen. Mir ging es dabei insbesondere auch darum, zu betonen, warum ich es für so wichtig halte, die Menschen und Beschäftigten nicht nur in der Landespolizei und im Justizvollzug mitzunehmen. Wenn dies nicht gelingen sollte, würden Populismus und Polarisierung massive gesellschaftliche und politische Eruptionen auslösen.

Beim Schreiben dieses Kommentars bin ich mir bewusst, Gefahr zu laufen, möglicherweise in eine solche populistische Ecke gestellt zu werden. Eine Ecke, die nicht zur GdP in Schleswig-Holstein passt. Ich wage es trotzdem, weil ich von großer Sorge getragen bin, dass eine Summe von aktuellen Entscheidungen und Entwicklungen zu einem erheblichen Vertrauensverlust führen werden.

In den vergangenen Jahren gab es eine intensive, sehr kontroverse Diskussion um eine rechtskonforme Bewertung der Bereitschafts- bzw. Rufbereitschaftszeiten im LKA 5, SEK, MEK, TKÜ und Führungsbereitschaft. Das Thema wurde intensiv zwischen politischer Hausspitze, Polizeiabteilung, LKA und LPA diskutiert und brachte

zum Teil sehr gute und kompromisshafte Ergebnisse zustande. Als GdP erreichen uns aktuell aber eine ganze Reihe von Rechtsschutzanträgen, die uns gewerkschaftspolitisch erheblich Sorgen bereiten:

- Positive Antragsbewilligungsentscheidungen aus September 2021 werden zum Teil fast zwei Jahre nach ursprünglich positiver Bescheidung aufgehoben und werden jetzt wohl von Verwaltungsgerichten zu überprüfen sein. Kann ich mich auf sehr lange geprüfte Entscheidungen des Dienstherrn verlassen?
- Aus diesen Entscheidungen wird die veränderte Auffassung des Dienstherrn deutlich, dass es keine Ansprüche auf Nachzahlungen von Erschwerniszulagen gibt, selbst wenn der „Dienstherr“ sich bei der arbeitszeitrechtlichen Einordnung „vertan“ hat. Ich weiß nicht, ob diese neue Haltung juristisch durchträgt, sie erfüllt jedenfalls nicht die grundsätzliche Erwartungshaltung der GdP an den Arbeitgeber/den Dienstherrn, gemachte Fehler zu 100 Prozent zu korrigieren – so wie es in der Vergangenheit üblich war.
- Zugesagte Rückwirkungen in die Vergangenheit werden bezweifelt und die Notwendigkeit einer haushaltsnahen Geltendmachung betont. In der Vergangenheit wurden solche Zusagen beispielsweise bei den BvD-Entscheidungen zur nachträglichen Vergütung von Bereitschaftszeiten und entsprechender Antragstellungen als selbstverständ-

Vor einigen Tagen nahm ich als GdP-Landesvorsitzender an einer sogenannten Transformationskonferenz des DGB Nord im Kieler Hotel Atlantic teil. Der Titel: „**Gemeinsam den Wandel erfolgreich gestalten!**“

Ministerpräsident **Daniel Günther**, **Matthias Boxberger**, Präsidiumsmitglied vom Unternehmensverband (UV) Nord, sowie **Laura Pooth**, Vorsitzende des DGB Nord, haben Ende September auf der Transformationskonferenz des DGB Nord in Kiel mit knapp 150 Teilnehmer*innen über den notwendigen Wandel einer klimaneutralen Wirtschaft und der Gesellschaft diskutiert und vor allem die vielfältigen Chancen betont.

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Thomas Gründemann (V.i.S.d.P.)
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de



liche Verhaltensweise des Dienstherrn versprochen und eingehalten!

- Heute dominiert offenbar die Sorge, den Untreuestrafatbestand zu erfüllen. Was sollen die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz- und Ermittlungsdienst dazu sagen, die innerhalb kürzester Zeit im Extremfall die Pistole einsetzen, Gewalt anwenden oder die Freiheit entziehen müssen? Die Sorge vor strafrechtlichen Konsequenzen würde jedes zeitnahe polizeiliche Handeln blockieren oder verzögern.

Anfang Januar 2019 wurde nach einem intensiven Diskussionsprozess ein Arbeitszeiterlass der Landespolizei in Kraft gesetzt. Politische und polizeiliche Führung als auch Mitbestimmungsgremien zeigten sich nach langer Arbeit sehr zufrieden.

Neben den um die Bereitschaftszeiten unter anderem im LKA 5 geführten Diskus-

sionen und Entscheidungen, ohne eine bis zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführte Anpassung des Arbeitszeiterlasses, gibt es im Moment erhebliche Unruhe und Sorge aus der Kollegenschaft der Landespolizei.

Folgende Regelungen werden durch die Leitungen der PD Flensburg und des Landespolizeiamtes anhand konkreter Einsatzlagen im Norden Schleswig-Holsteins infrage gestellt:

6.3. Einsatzbereitschaften geschlossener Einheiten: Während eines laufenden Einsatzes werden die Bereithaltezeiten geschlossener Einheiten grundsätzlich als Bereitschaft (B50) vergütet. Im Einzelfall ist eine Vergütung zu 100 Prozent nicht ausgeschlossen. Dies ist davon abhängig zu machen, welchen Auftrag oder Folgeauftrag die Einheit hat und unter welchen Rahmenbedingungen sie untergebracht ist (Ruhebedingungen). Die Entscheidung zugunsten einer von 50 % abweichenden

Anerkennung bzw. Vergütung trifft die Einsatzleitung im Einzelfall (Fallkonferenz). Diese Entscheidung ist mitbestimmungspflichtig.

Die strittigen Anträge, diese „Erholungsphasen und Bereithaltezeiten“ im **geschlossenen** Einsatz nicht mehr arbeitszeitlich – so wie im Erlass vorgesehen – zu vergüten, befinden sich nach unserer Kenntnis in verschiedenen Mitbestimmungsverfahren.

Den Ausgang kann ich in diesem Moment nicht vorhersagen. Die Folgen der Diskussionen und Handlungsweisen sehr wohl, nämlich ein erheblicher Vertrauensverlust. Wir werden uns als GdP bei der Diskussion um die Änderungen des Arbeitszeiterlasses für den Er-

halt dieser durchaus positiven Regelungen einsetzen. Völliges Unverständnis zeigen wir bei der Ignoranz vereinbarter Erlassregelungen und bisheriger einvernehmlicher Verfahrensweisen. Ich fordere die politische Hausspitze auf, solchen Überlegungen ein sofortiges Ende zu verordnen!

Ein handlungsfähiger, starker Staat – das zeigt sich insbesondere und wiederholt in Krisenzeiten – ist wichtig für den Erhalt unseres politischen Wertesystems. Ich erwarte, dass der Staat den notwendigen Wandel in die Zukunft begleitet und steuert.

Es wird aber nur gelingen können, wenn die Menschen dem Staat vertrauen – das gilt ganz besonders auch für die Menschen, die für diesen Staat in ganz unterschiedlichen Aufgaben arbeiten.

Die Erwartungshaltungen an die Beamtinnen und Beamten sowie die Beschäftigten des Staates sind völlig zu Recht sehr hoch. Umgekehrt sind die Erwartungen und der Wunsch nach Wertschätzung und Vertrauen aller Beschäftigten an ihre öffentlichen Arbeitgeber genauso berechtigt hoch.

Panische Haushaltssperren der Landesregierung, die zur Verunsicherung der Verwaltung führen, zögerliche und gar unzulängliche Umsetzungen von IT-tariflichen Verträgen oder das „Zwingen“ von Beamtinnen und Beamten oder Versorgungsempfängerinnen und -empfängern, Anträge zur verfassungskonformen Besoldung und Versorgung zu stellen, obwohl offensichtlich auch der Landesregierung bzw. der Finanzministerin Monika Heinold diese juristische Problemlage und die Rechtswidrigkeit offenbar sehr bewusst sind, sind zutiefst vertrauensschädigend.

Vorsätzlich entscheidet die Finanzministerin: kein Verzicht auf die Einrede der Verjährung, kein Angebot zu Musterverfahren, keine schriftliche Zusicherung, die Rechtswidrigkeit unabhängig von den aktuellen Tarifverhandlungen zu korrigieren, kein transparentes Gesetzgebungsverfahren in 2023. Mit einem solchen Verhalten entfernt sich die Landesregierung von ihren Mitarbeitenden. Und ich fürchte, umgekehrt werden Kolleginnen und Kollegen ihr Vertrauen verlieren.

So wird es schwer, den Wandel hinzubekommen – in einer Zeit, in der leider zunehmend viele Menschen das Vertrauen verlieren, wie Politbarometer, Umfragen oder verschiedene wissenschaftliche Studien erschreckend deutlich belegen. ■

Foto: GdP

POLIZEI SHOW 2023

MIT
**FEUERWEHR
VERKEHRSWACHT**
UVM

Moderation:
Ingo Oschmann

11.11.23 KIEL 13.30 Uhr
18.00 Uhr

Wunderino Arena Karten an den bekannten Vorverkaufsstellen und online unter: www.wunderino-arena.de

Logos: GdP, UVM, GSN, familia, eventing, GfM, shx das medienhaus



INTERVIEW

„Ich eiere nicht herum!“

Nachgefragt: Ingo Minnerop, Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium

Seit 1. September ist Ingo Minnerop Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium. Damit trat er die Nachfolge von Dr. Torsten Holleck an, der nach fünf Jahren als Abteilungsleiter seit dem 1. August im Chfessel des Verfassungsschutzes sitzt. Der 58-Jährige ist seit 1981 im Polizeidienst, war unter anderem der Leiter der Kriminalpolizei in Itzehoe, Heide und Pinneberg und leitete die Kriminalinspektion Bad Segeberg. Seit 2017 arbeitet Ingo Minnerop in der Polizeiabteilung des Innenministeriums und war dort Referatsleiter, bevor er am 1. Juni 2021 stellvertretender Abteilungsleiter wurde.

Warum haben Sie sich auf diese Funktion beworben?

Ingo Minnerop: Ich bin seit fast 42 Jahren Teil der Landespolizei. Das Land hat es mir ermöglicht, alle drei Laufbahnen zu durchlaufen und in den unterschiedlichsten Aufgaben Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Wechsel in die Polizeiabteilung konnte ich diese Erfahrungen nochmals maßgeblich vergrößern. Seit mehr als zwei Jahren war ich bereits der Vertreter von Dr. Holleck. Ich identifiziere mich gerne und mit voller Hingabe mit der Landespolizei. Ich bin davon überzeugt, dass ich auch in der direkten Leitung meine Kompetenzen, Befähigungen und meine Motivation einbringen werde.

Gibt es politische Vorgaben an Sie?

Ingo Minnerop: Es besteht eine klare politische Erwartungshaltung, die polizeilichen Belange kompetent, vorausschauend und angemessen zu vertreten sowie die Ministerin und die Staatssekretärin entsprechend zu beraten. Das werde ich tun.

Welche Themen liegen Ihnen im Zusammenhang mit der Landespolizei für die kommenden Jahre besonders am Herzen?

Ingo Minnerop: Die Landespolizei ist für die Gegenwart gut aufgestellt, aber natürlich gibt es Themen, die wir weiter voranbringen müssen. Hier ist natürlich das The-



Foto: Thomas Gründemann

ma Digitalisierung als ein wesentliches Beispiel zu nennen. Das betrifft uns in vielerlei Facetten. Sei es in der Organisation und Modernisierung unserer Prozesse, in veränderten Kriminalitätsformen oder auch bei neuen Führungs- und Einsatzmitteln. Mit dem Rahmenpapier, das gemeinsam mit den Amts- und Behördenleitungen erarbeitet wurde, haben wir hier eine Richtschnur. Auch das Thema Führung liegt mir am Herzen. Die Umwälzungen in der Arbeitswelt, beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung, machen es genauso wie sich ändernde Perspektiven und Erwartungshaltungen in der Mitarbeiterschaft erforderlich, das Führungsverständnis weiterzuentwickeln.

Als Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium übernehmen Sie die schwierige Aufgabe an der Nahtstelle zwischen Politik und Landespolizei. Sind oder sehen Sie sich damit als „Vollstrecker“ politischer Entscheidungen? Wie wollen Sie mit dieser Rolle umgehen?

Ingo Minnerop: Ich verstehe die Arbeit im Ministerium genauso wie im Kontakt mit den Ämtern und Behörden als Teamarbeit. Gegenüber „der Politik“, also den von den Bürgerinnen und Bürgern legitimierten Entscheidungs-

trägerinnen und -trägern vermitteln, erklären und beraten wir hier im Ministerium. Diese Arbeit und dieser Rat werden nach meiner Überzeugung angenommen und wertgeschätzt. Grundsätzliche Entscheidungen in der Landespolizei unterliegen dem Primat der Politik. Als Abteilungsleiter berate ich unsere Hausspitze in allen polizeifachlichen Angelegenheiten und bin auch oberster Interessenvertreter. Insofern handelt es sich nicht um eine kommunikative Einbahnstraße.

Unter der Leitung der Polizeiabteilung von Dr. Holleck und Ihnen als sein Vertreter ist der Graben zwischen Polizeiabteilung einerseits und den Amts- und Behördenleitungen der Landespolizei andererseits breiter geworden. Es gibt Befürchtungen, dass sich dieses Problem unter Ihrer Leitung der Polizeiabteilung noch verstärken wird. Was sagen Sie zu dieser Sorge? Wie viel Wert legen Sie auf die Meinung der Amts- und Behördenleiter, oder gilt „oben sticht unten“?

Ingo Minnerop: Für mich gibt es nicht „die da oben und die da unten“. Dafür war ich viel zu lang in unterschiedlichsten Funktionen in der Landespolizei eingesetzt. Ich habe aktuell einen ersten persönlichen Austausch mit fast allen Behördenleitungen in meiner neuen Rolle abgeschlossen. Derartige Sorgen sind mir nicht mitgeteilt worden, im Gegenteil. Auch von möglichen Gräben wurde mir nichts berichtet. Wer mich kennt, weiß, dass ich ein geselliger, humorvoller und stets positiv denkender Mensch und Kollege bin, der in seinem Herzen immer noch Wachtmeister ist. Ich mag Menschen und bin immer an einem offenen Austausch interessiert. Wir sind alle gemeinsam die Landespolizei Schleswig-Holstein. Danach habe ich in den vergangenen mehr als 40 Jahren immer gehandelt und werde immer danach handeln.

Sie gelten im Umgang mit dem nachgeordneten Bereich als ausgesprochen „dominant“. Teilen Sie diese Bewertung?



Ingo Minnerop: Mir ist wichtig, Entscheidungen fundiert zu treffen. Ich höre mir die verschiedenen Argumente an, treffe dann aber auch nach reiflicher Abwägung meine Entscheidung. Dabei eiere ich nicht rum. Das ist mein Job. Das hat nichts mit Dominanzverhalten zu tun.

Die Ministerin wies in der Pressemitteilung zu Ihrer Amtseinführung auf Ihre Stärken hin. Wo sehen Sie bei sich persönlich Schwächen?

Ingo Minnerop: Zuerst einmal: Ich habe mich sehr gefreut über die lobenden Worte der Ministerin. Sie sind Ansporn und Auftrag zugleich für mich, mein Bestes als Leiter der Polizeiabteilung zu geben. Das bin ich der Ministerin und jeder einzelnen Polizistin und jedem einzelnen Polizisten im Land schuldig. Was meine Schwächen angeht: Vielleicht fehlt mir manch-

mal ein wenig die Leichtigkeit im Umgang mit Menschen, die vorurteilsbehaftet agieren.

Oppositionspolitiker wie Niclas Dürbrook (SPD) sind in Fragen der Landespolizei bzw. der inneren Sicherheit sehr gut informiert. Ist das für Sie ein Problem?

Ingo Minnerop: Wenn es Ihnen um Kleine Anfragen geht, kann ich Ihnen versichern, dass ich diese auch als Chance begreife, polizeiliche Themen für Parlamentarierinnen und Parlamentarier und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger besser verständlich zu machen.

Wie stehen Sie persönlich zu Gewerkschaften und Mitbestimmungsgremien?

Ingo Minnerop: Gewerkschaften waren und sind schon immer eine starke Stimme

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist auch gut so. Durch die Kombination mit den Instrumenten der Mitbestimmungsgremien ist es gelungen, dieser Stimme noch mehr Kraft zu geben und weitere Möglichkeiten zu eröffnen.

Erlauben Sie mir abschließend noch eine Anmerkung. Ihre Fragestellungen könnten bei Ihren Leserinnen und Lesern den Eindruck erwecken, dass es um das Verhältnis zwischen der Polizeiabteilung und insbesondere meiner Person zu den Kolleginnen und Kollegen der Amts- und Behördenleitungen oder anderen nicht besonders gutsteht. Dass dieses nicht so ist, werde ich auch weiterhin unter Beweis stellen. Ich werde aber Ihre Hinweise zum Anlass nehmen, dieses in meine zukünftigen Gespräche bei entsprechender Gelegenheit konkret einfließen zu lassen. ■

Es geht uns alle an ...

(egal ob Aktive oder Versorgungsempfänger:innen)

Antrag auf amtsangemessene Alimentation

Durch die Einführung des Bürgergeldes und die Anhebung des Regelsatzes für die Sozialhilfe zum 1. Januar 2023 wird voraussichtlich ab dem Jahr 2023 das Mindestabstandsgebot in den unteren Besoldungsgruppen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein nicht mehr eingehalten werden können. Dadurch ist die amtsangemessene Alimentation nicht mehr gewährleistet und die Landesregierung hat eine Anpassung in allen Besoldungsgruppen und der Versorgung sicherzustellen. Die Landesregierung hat in mehreren Gesprächen mit dem DGB und gegenüber dem Landtag auf die anstehende Tarifrunde verwiesen und angekündigt, die amtsangemessene Alimentation rückwirkend für 2023 im Rahmen der nächsten Anpassung der Besoldung und Versorgung sicherstellen zu wollen.

Aber wie dies genau aussehen wird und ob danach weitere juristische Schritte



notwendig werden, ist aktuell noch offen und wird voraussichtlich erst im Jahr 2024 deutlich werden. Um individuelle Ansprüche für das Jahr 2023 zu sichern, müssten Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger:innen nach dem Grundsatz der haushaltsnahen Geltendmachung jeweils im Einzelfall bis spätestens zum 31. Dezember eine amtsangemessene Alimentation mit einem Antrag geltend machen.

Der DGB und seine Gewerkschaften rufen zu Anträgen auf, um die individuellen Ansprüche ihrer Mitglieder zu wahren. Das weitere Verfahren und die Gewährung von Rechtsschutz stehen unter dem Vorbehalt des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens.

Versorgungsempfänger:innen, die nicht digital vernetzt sind, können das Informationsblatt sowie den Antrag zur Geltendmachung der amtsangemessenen Alimentation für das DLZP und den Antrag auf GdP-Rechtsschutz über ihre Regionalgruppe oder den zuständigen Seniorenvertreter der Regionalgruppe fernmündlich anfordern und zugeschickt bekommen. Der Antrag zur Alimentation an das DLZP muss bis zum 31. Dezember versandt werden, während der Rechtsschutzantrag an die GdP-Geschäftsstelle in Kiel geht.

Es ist euer Geld, stellt den Antrag an das DLZP.

Hermann Reissig,
Landesseniorenvorsitzender



VERSORGUNGSLÜCKE

Pension spätestens mit 62, aber Versorgungsausgleichszahlung erst mit 67

Eine Veranstaltung der GdP-Frauengruppe

Der Versorgungsausgleich wird im Rahmen einer Scheidung beider Parteien errechnet. Mit Beginn der Pensionszahlungen wird dieser bei dem Zahlungsverpflichteten sofort abgezogen, aber erst, wenn der Empfangende das offizielle Rentenalter (derzeit 67 Jahre) erreicht hat, auch an diesen ausgezahlt. Das ist eine große Ungerechtigkeit!

Es gibt Gründe, warum Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit spätestens 62 Jahren offiziell in den Ruhestand gehen. Auch deshalb steht ihnen allen zu diesem Zeitpunkt die Zahlung des Versorgungsausgleichs zu. Besonders Alleinerziehende sind von dieser Regelung stark betroffen. Oft wurde aufgrund

von Kinderbetreuung einige Jahre gar nicht gearbeitet und danach mehrere Jahre mit hohen Teilzeitanteilen. Im Moment sind von dieser Regelung hauptsächlich Frauen betroffen. Ihnen entsteht sehr häufig eine Versorgungslücke über fünf Jahre hinweg. Besonders in diesen Fällen ist die sofortige Zahlung des Versorgungsausgleichs mit Eintritt in die Pension zwingend erforderlich, da die Pension sich häufig auf nur 50 bis 57 Prozent der letzten Bezüge beläuft.

Die Frauengruppe der GdP Schleswig-Holstein wird dieses Thema im Rahmen einer Fachveranstaltung am **29. November 2023** in Kiel genauestens unter die Lupe nehmen und Wege erarbeiten, diesen Umstand zu verändern. Wir freuen uns, euch – möglicherweise Betroffene – begrüßen zu dürfen. ■

29.11.2023
9.30 bis 15 Uhr
Veranstaltungsort: Kiel
Fulmer Weg 2, 24100 Kiel

Wir rocken den Wandel.

Versorgungsausgleich = Versorgungslücke von 62 bis 67

Eine Positionsveranstaltung der Frauengruppe mit Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack, IKA Bernd Stege (Bremen) und vielen anderen mehr

Frauengruppe
Gewerkschaft der Polizei

INFORMATION: GdP Schleswig-Holstein, Postfach 10 15 10, 24109 Kiel, Tel. 0431 91 12 12, www.gdp-sh.de

Foto: GdP

Beihilfe schon wieder im roten Bereich

Wieder erreichen uns viele Hilferufe der Beihilfeberechtigten aus der GdP-Mitgliedschaft. Die Bearbeitungszeiten sind derzeit für allgemeine Leistungen bei 28 Arbeitstagen (knapp sechs Wochen), bei der Pflegebeihilfe sogar bei 32 Arbeitstagen (knapp sieben Wochen) (Stand 15. September 2023) und damit weit über den Zielvorgaben des Finanzministeriums von 2018. In der jüngsten Landesvorstandssitzung berichteten der Landesseniorenvorsitzende Hermann Reissig und das GLV-Mitglied für die Nachberuflichkeit, Reimer Kahlke, von diversen Beschwerden mit zum Teil erheblichen Auswirkungen und wochenlangen Wartezeiten bei teilweise vier- und fünfstelligen Erstattungssummen. Gerade im Pflegebereich und bei hohen Medikamentenrechnungen sind die Beihilfeberechtigten oft nicht in der Lage, diese Summen vorzustrecken. Die üblichen Zahlungsziele von vier Wochen werden bei diesen Bearbeitungszeiten regelmäßig nicht eingehalten.

Im Frühjahr 2023 hat das Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) begonnen, die Beihilfesachbearbeitung nach 30 Jahren auf ein neues Bearbeitungsprogramm umzustellen. Dies bedeutet, dass Daten neu eingepflegt, automatisiert, Tests, Datenbereinigung sowie Schulung der 80 Mitarbeitenden gemacht werden müssen. Dies ist laut Aussage des DLZP der Grund für die eingetretenen Verzögerungen. Die technische Seite ist abgeschlossen, und mit der Einarbeitungsphase sollen die Bearbeitungszeiten reduziert werden. Bereits im Spätsommer und Herbst 2022 vor der Umstellung waren die Antragszahlen plötzlich in die Höhe geschneit. Das DLZP hatte Schwierigkeiten damit, und die Bearbeitungszeiten waren deutlich verlängert. Das war jedoch bei Weitem nicht so schlimm wie zurzeit. Vorübergehende Maßnahmen führten damals bis zum Jahresende zu einer kurzfristigen Besserung. Nun sind die Bearbeitungszeiten aber aus Sicht des GdP-Landesvorstandes im roten und nicht

mehr hinnehmbaren Bereich. Der Landesvorstand beauftragte die Kollegen Reimer Kahlke und Hermann Reissig, im DLZP vorstellig zu werden und auf die Probleme der Beihilfeempfänger deutlich hinzuweisen. Ein Besuchstermin ist bereits vereinbart. Wir berichten weiter. ■

REGIONALGRUPPENTERMIN Es wird herzlich eingeladen!

AFB

Für die Seniorengruppe der Regionalgruppe AFB findet am **Freitag, 8. Dezember 2023, 14:30 Uhr**, im **Casino der PD AFB** die **Adventskaffeetafel** statt. Die persönliche Einladung durch den Seniorenbeauftragten Gerd Schwiemann erfolgt noch.



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss der Ausgabe 12/2023:
Montag, 6. November 2023

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Strahlender Sonnenschein, Spiel und Spaß

Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen: Gelungenes Familienfest und Vorstandswahl bei Mitgliederversammlung

Albersdorf. Anfang September trafen die Mitglieder der Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen bei wolkenfreiem Himmel und Sonnenschein zu dem diesjährigen Familientag zusammen. Das Treffen fand auf dem Gelände des Albersdorfer Steinzeitparks statt, der Vorstand durfte knapp 70 Teilnehmer dort begrüßen. Die Gäste wurden bei dem persönlichen Empfang mit einer exklusiven Geschenktüte begrüßt und erhielten

Verzehrgutscheine für den weiteren Tag. Mit abwechslungsreichen Aktivitäten für Kleinkinder bis Pensionäre, wie Bogenschießen, Flintsteinbearbeitung, einer Wanderung, Kanufahrten und Holzflechten lernte man sich kennen und wuchs auf spielerische Art und Weise bei belebender Musik zusammen. Für die gesamte Zeit der Veranstaltungen wurde ein Getränkestand von einigen freundlichen Helfern betreut, bei dem es auch kleine Snacks als Stärkung für den Tag gab.

Am Nachmittag fand dann die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe statt. Es wurden die vergangenen Jahre mit einer Präsentation, kurzweiligen Berichten und einem amüsanten Video dargestellt. Zudem wurden ausgewählte Mitglieder für ihre Treue zur GdP geehrt und mit einem Geschenk geschätzt. Es wurden neue, junge Mitglieder in den Vorstand gewählt, sodass Lothar Tilmes mit einem dicken Dankeschön aus dem Amt



entlassen werden konnte. Der neue Vorstand besteht nun aus: Andree Moisi (Vorsitzender), Lars Otterbach und Kristian Scheel (Stellvertretende Vorsitzende), Nils Jürgens (Kassenswart), Anna Rossol (Stellvertretende Kassenswartin), Erik Luckwaldt (Schriftführer) und Andrea Eicke (Schriftführerin). Im Anschluss an die MV gab es für alle Teilnehmer des Familientags eine außergewöhnliche Verpflegung in Form eines Foodtrucks. Bei diesem konnte man aus einer Auswahl von Burgern, Beilagen und Soßen wählen und so sein persönliches „Lecker-Essen“ auswählen. Wohl gesättigt und mit entkräfteten Kindern und Enkelkindern verließen alle Gäste und Mitglieder das Veranstaltungsgelände mit einem breiten Lächeln im Gesicht. ■



Fotos: GdP-RGS Steinburg-Dithmarschen (4)



PSW Reisen



**Wir sind das Team des Sozialwerkes der Gewerkschaft der Polizei -
kurzum PSW Reisen!**

PSW Reisen ist ein Vollreisebüro und Agentur für alle führenden Reiseveranstalter. Darüber hinaus organisiert unser Reisebüro auch eigene Gruppenreisen. Wir halten für GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen ganz besondere Konditionen bereit!

Unser Reise - und Serviceangebot umfasst:

Pauschalreisen, Autoreisen, Hochsee-Kreuzfahrten, Fluss-Kreuzfahrten, Individualreisen, Fähripassagen, Kurzreisen, Ferienhäuser, Sonderreisen, Rundreisen, Erlebnisreisen, Roadtrips, Mietwagen, Last-Minute-Reisen, Langzeit-Urlaube, Hotelübernachtungen, Busreisen und vieles mehr!

Für Ihre Urlaubsideen und Reisewünsche sind wir gern für Sie da:

NEU:

Um Ihre Reisewünsche optimal ausarbeiten zu können, arbeiten wir ab jetzt mit Terminen. Nennen Sie uns gern Ihre Reisewünsche vorab per Telefon, per Mail oder über unser Kontaktformular (psw-kiel.de/reisewunsch-formular) und wir erstellen Ihre persönlichen Angebote.

Sie möchten für die Buchung Ihrer Reise zu uns ins Büro kommen?

-> Wir vereinbaren dann gern einen Termin mit Ihnen.

Sie möchten alles digital von zu Hause aus regeln?

-> Auch das machen wir gern!


PSW Reisen


Kiel: 0431 - 170 93 / psw-reisen.kiel@t-online.de

Lübeck: 0451 - 50 21 736 / psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-kiel.de

Folgen Sie uns gerne

auf  'PSW Reisen Schleswig-Holstein' und

auf  'psw_reisen_sh'

Reise-Specials



RÜCKBLICK SEPTEMBER

1. September

Anja Peris feiert ihr 20. Dienstjubiläum bei PSW. Liebe Anja, wir gratulieren dir ganz herzlich und sagen „Dankeschön, 20 Jahre die Anja!“. Außerdem drehen wir ein Reel zum Stadtradeln, an dem wir vom 4. September an bereits zum fünften Mal teilnehmen. Alle 42 aktiven Radler erhalten in diesem Jahr unser GdP-Duschhandtuch.

4. September

Virtuelles Treffen der GdP-Rechtsschutzsekretäre. Endlich mal wieder eine Videokonferenz.

5. September

Und noch eine Videokonferenz: Gemeinsam mit der Frauengruppe geht's in die Planungen für die Veranstaltung am 29. November zum Versorgungsausgleich, siehe Extrabeitrag.

6. September

VK zum Dritten: Die Geschäftsführer aller Landesbezirke sind eingeladen, um sich zu vernetzen und auszutauschen.

7. September

Aller guten Dinge sind vier: Schließlich findet eine Videokonferenz zur amtsangemessenen Alimentation statt. Eingeladen sind verdi, die GEW sowie Vertreter der DGB-Rechtsschutz GmbH. Wir planen ein abgestimmtes Vorgehen der Beamten im Land, um die Ansprüche für 2023 rechtzeitig geltend zu machen. Am Nachmittag treffen wir uns im Redaktionsteam für die Festschrift zum 75. Jubiläum, um aus unzähligen Fotos die allerschönsten auszuwählen.

11. September

Der Sommer ist vorbei – Torsten Jäger, unser Landesvorsitzender, ist aus dem Urlaub zurück. Die 23. GLV-Sitzung findet statt.

12. September

Sprechstunde an der FHVD. Ich darf sie durchführen und viele neue Mitglieder kennenlernen.



15. September

Sitzung des Landesvorstands. Unser Ehrengast ist die SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli. Gemeinsam sprechen wir über Wertschätzung gegenüber den Landesbe-

diensteten und viele andere Themen. Sie wird auch Zeugin der Wahl zum „Master of Disaster 3. Quartal“: Es ist stellvertretend für viele die Raumschießanlage des Kieler Polizeizentrums Eichhof. Außerdem stellen der Stellvertretende Landesvorsitzende Sven Neumann und ich fest, dass wir den gleichen Rucksack von „Got Bag“ tragen. Der ist übrigens aus 100 % Oceanplastic und im GdP-Plus-Tarif immer für 10 % Rabatt gegenüber dem Einzelhandelspreis zu erhalten.



18. September

Die diesjährigen Gewinner des Anwärtergewinnspiels, bei dem alle Anwärterinnen und Anwärter, die im laufenden Jahr Mitglied der GdP geworden sind, automatisch teilnehmen, stehen fest. Die von unserem Kooperationspartner, der PSD Bank Kiel, bereitgestellten Geldbeträge in Höhe von 100, 200 und 300 Euro werden von „Titte“ am Maßband ermittelt und als Reel abgedreht. Alle Angaben sind wie immer ohne Gewähr. ;)



19. September

Rechtsschutzkommission. Auch hier werden wieder etliche Fälle unserer Mitglieder, in denen wir unseren effektiven GdP-Rechtsschutz gewähren, beraten.

20. September

Einsatzkräfteempfang in Büdelsdorf. Das ehemalige Grünkohlessen ist abgelöst worden von dieser modernen, frischen Version der Wertschätzung der Landtagspräsidentin Kristina Herbst gegenüber den Rettungskräften im Land. Auch Andreas Kropius als Stellvertretender Landesvorsitzender und ich dürfen dabei sein.



Susanne Rieckhof

Foto: Susanna Rieckhof

24. September

Das Stadtradeln ist nach drei Wochen um. Insgesamt schneidet die GdP auf einem respektablen 24. Platz ab, in der Vereinswertung hinter drei Sportvereinen mal wieder auf Platz 4. Maurice Bienhoff, ein junger Anwärter von der FHVD, radelt mit über 1.000 km allen davon und belegt teamintern den ersten Platz. Knapp dahinter (immer noch über 1.000 km!!!) muss sich Sonja Blaas aus dem Vorstand auf Platz 2 geschlagen geben. Jennifer Eggers ist ebenfalls toll platziert mit ihren 778 km. Herzlichen Glückwunsch und danke an alle, die so eifrig mitgeradelt sind. Nächstes Jahr sind wir sicher wieder am Start. Dann hoffen wir, den Teilnehmerrekord aus diesem Jahr weiter zu übertreffen.

Name	Kilometer
Maurice Bienhoff	1.158,0
Sonja Blaas	1.004,5
Jennifer Eggers	778,2
Michael Kowitz	617,1
Michael Beck	561,5
Torsten Jäger	521,7
Roma Jäger	516,5

Foto: Susanne Rieckhof

27. September

Gesundheitstag an der FHVD. Die JUNGE GRUPPE ist wiederum mit gesunden Snacks am Start. Ich helfe mit der allgemeinen „Info-Sprechstunde“ aus und darf bei der Gelegenheit direkt meine hausfrauähnlichen Qualitäten (?) unter Beweis stellen. Jedenfalls finden endlich mal wieder zahlreiche Party-Tuppereschüsseln Verwendung. Erster Verkoster des Tages ist Pastor Kiesbye, der direkt einen Film für Instagram mit sich drehen lässt. Toller Typ!



Foto: Susanne Rieckhof

28. September

Unsere offiziellen Einladungen zur 75. Geburtstagsfeier werden versendet. Wieder einen Meilenstein erledigt. Die Vorfreude auf den 14. Dezember steigt. ■